

Editorial

Eine Verbundaufgabe für eine Grossbaustelle

Die nationale Politik im Bereich Bildung, Forschung und Technologie steht vor grossen Herausforderungen. Die Revision des ETH-Gesetzes, deren Gegenstand im wesentlichen die Führungsstruktur der beiden Bundeshochschulen bildet, wird zur Zeit im Nationalrat beraten. Die Botschaft über Bildung, Forschung und Technologie 2004–2007 (BFT-Botschaft) ist Ende November 2002 publiziert worden. Unüberhörbar ist ganz generell der Ruf nach zusätzlichen Mitteln, wobei insbesondere die kantonalen Hochschulen von einem eigentlichen finanziellen Engpass sprechen. Im Bericht «Fachhochschulen 2002» wird die Aufbauphase analysiert und gleichzeitig der Handlungsbedarf im Hinblick auf die Erneuerung der Genehmigungen erörtert. Last but not least ist das Vernehmlassungsverfahren zum neuen Hochschulartikel in der Bundesverfassung abgeschlossen, so dass demnächst mit der Botschaft des Bundesrats zu diesem Projekt zu rechnen ist. Ohne Übertreibung darf deshalb im Hochschulbereich von einer Grossbaustelle gesprochen werden.

Aus meiner Sicht steht im Zusammenhang mit den verschiedenen Anliegen und Themen im Hochschulbereich die Frage nach einer ganzheitlichen und umfassenden Hochschulpolitik im Vordergrund, weshalb die damit verbundene Diskussion als vorrangig erscheint. Der Schweizerische Wissenschafts- und Technologierat (SWTR) bezeichnet strukturelle Reformen des schweizerischen Hochschulsystems als unumgänglich, eine Beurteilung, der ich im Grundsatz vorbehaltlos beipflichte. Mit dem neuen Hochschulartikel soll das Ziel einer kohärenten Hochschulpolitik in die Tat umgesetzt werden. Es bestehen indessen erheblich berechnete Zweifel, ob hierfür der vom Bundesrat unterbreitete Vorschlag ausreicht. Kooperativer Föderalismus als allgemeine Marschrichtung ist zu begrüssen. Wenn jedoch das strategische Ziel, nämlich eine bessere Bündelung der beschränkt zur Verfügung stehenden Ressourcen, Tatsache werden soll, dann sind für deren Umsetzung effiziente und effektive Steuerungsmechanismen unumgänglich. Meines Erachtens wird mit dem Vernehmlassungsvorschlag des Bundesrates diese Anforderung nicht in befriedigendem Mass erfüllt. In Anlehnung an die Grundzüge des Neuen Finanzausgleichs (NA) kann und soll das Hochschulwesen eine Verbundaufgabe von Bund und Kantonen bleiben. Es ist jedoch unumgänglich, dass Entscheidungs- und Steuerungsmechanismen geschaffen werden, welche die erhoffte Zielsetzung im Interesse des schweizerischen Hochschulwesens auch tatsächlich gewährleisten. Als im Grundsatz überzeugter Föderalist steht für mich für einmal nicht die Frage der kantonalen Hoheit, sondern vielmehr die Autonomie der Hochschulen im Vordergrund.

Im Ablauf der hochschulpolitischen Entscheide ist zu bedauern, dass nicht vorweg und als erstes die Grundsatzfragen bereinigt und entschieden werden. Da die Agenda nicht grundlegend geändert werden kann, ist zumindest zu hoffen, dass der Blick für das Ganze nicht verloren geht und dass im Hinblick auf die Ausgestaltung des neuen Hochschulartikels in der Bundesverfassung nicht vorab falsche Weichenstellungen erfolgen.

Dr. Hermann Bürgi, Ständerat
Mitglied Team Future

■ BFT-Botschaft 2004–2007

Der Ball liegt beim Parlament

Der Bundesrat beantragt, die Mittel für den Politikbereich Bildung, Forschung und Technologie (BFT) deutlich aufzustocken. In einer dem Parlament Ende November 2002 übermittelten Botschaft sieht die Regierung ein finanzielles Engagement des Bundes von 17,3 Milliarden Franken für die Periode 2004 bis 2007 vor.

Die Botschaft, die gemeinsam vom Departement des Inneren und vom Volkswirtschaftsdepartement vorgestellt wurde, präsentiert eine umfassende Vision des Engagements im BFT-Bereich. Nach einem Zeitraum der Stagnation setzt der Bundesrat vier Schwerpunkte:

- die Erneuerung der Lehre,
- die Stärkung der Forschung,
- die Förderung der Innovation und
- die Verstärkung der nationalen und internationalen Zusammenarbeit.

Zur Umsetzung schlagen die Vorstehenden des BFT-Bereichs, Ruth Dreifuss und Pascal Couchepin, eine Erhöhung der Mittel um 6 Prozent vor. Die finanziellen Schwierigkeiten des Bundes veranlassen die Regierung allerdings, dieses Engagement um 1 Prozent zu blockieren. Das bedeutet 4 Prozent Erhöhung für 2004, 5,5 Prozent für 2005, 5 Prozent für 2006 und 5 Prozent für 2007. Die Investitionen in diesem Fall würden 16,8 Milliarden Franken betragen.

Rufen wir uns in Erinnerung, dass sich während der letzten zwei Jahren zahlreiche Institutionen zu diesem Thema geäussert haben. Der Schweizerische Wissenschafts- und Technologierat (SWTR – das Beratungsorgan des Bundesrats) forderte eine Erhöhung um 10 Prozent, der Verband Schweizerischer StudentInnenenschaften um 8 Prozent, die Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten (CRUS – die zehn kantonalen Hochschulen und die beiden ETH) um 6,5 Prozent. Im Juni 2002 unterschrieben schliesslich 150 Nationalräte eine Motion, die ein jährliches Wachstum der Mittel von 6,5 Prozent fordert.

Die Botschaft bleibt hinter dem Gewünschten zurück. Der Ball dieser von allen Parlamentariern bestätigten Priorität liegt jetzt beim Parlament.

(Fortsetzung auf Seite 2)

texte français ►►

SMS

Zürich – gemeinsamer Studiengang Mikrobiologie

Die Universität und die Eidgenössische Technische Hochschule (ETH) in Zürich führen im Wintersemester 02/03 erstmals gemeinsam einen Studiengang durch. Für die Ausbildung in Mikrobiologie wurden die unterschiedlichen Studienordnungen und Prüfungsmodalitäten der beiden Hochschulen einander so angeglichen, dass bei Aufrechterhaltung der eigenen Kultur von Universität und ETH ein gemeinsames Lehrangebot möglich wurde. Die Studierenden profitieren einerseits von einer fachlich einzigartigen Vielfalt der Ausbildung, andererseits werden die Ressourcen der beiden Hochschulen kombiniert und so die Qualität der Ausbildung entscheidend gesteigert.

Weitere Informationen: katharina.furrer@unicom.unizh.ch

Freiburg – künftige Strategie der Universität

Nachdem der Staatsrat des Kantons Freiburg den dreijährigen Haushaltsrahmen für die Universität Freiburg bekannt gegeben hat, verkündete die Universität vor kurzem ihre Strategie für die kommenden Jahre. Im Hinblick auf die notwendigen Einsparungen und die Konkurrenz unter den Hochschulen will sie Kompetenzzentren schaffen, ihre Studiencurricula der Bologna Deklaration anpassen und den Kontroll- und Qualitätsprozess weiter vorantreiben.

Weitere Informationen: roberto.induni@unifr.ch

Moderne Telemedizin vernünftig nutzen

Wie kann die moderne Telemedizin vernünftig genutzt werden? Welche Produkte und Dienstleistungen bietet sie für das Schweizer Gesundheitswesen? Die Schweizerische Akademie der Technischen Wissenschaften (SATW) und die Schweizerische Akademie der Medizinischen Wissenschaften (SAMW) haben gemeinsam mit der Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte (FMH), der Schweizerischen Gesellschaft für Medizinische Informatik (SGMI) und der Schweizerischen Gesellschaft für Telemedizin (SGTM) Vorschläge für eine abgestimmte Einführung und einen sinnvollen Einsatz der Telemedizin im schweizerischen Gesundheitswesen erarbeitet. Der Bericht kann ab Dezember 2002 bei der SATW bezogen und unter www.satw.ch eingesehen werden.

Weitere Informationen: haenni@satw.ch

SwissUp-Ranking

Zum zweiten Mal hat in der Schweiz ein Hochschul-Ranking stattgefunden. Das von der Firma SwissUp veröffentlichte Ranking, das die Studiengänge an Schweizer Hochschulen punkto Qualität vergleicht, basiert einerseits auf Meinungsäusserungen von 3500 befragten Studierenden, andererseits auf den Daten des Bundesamts für Statistik (BFS) und den öffentlichen Berichten des Schweizerischen Nationalfonds (SNF) sowie der Kommission für Technologie und Innovation (KTI). Anhand von sechs Indikatoren – Zufriedenheit von Studierenden, Qualität der Professoren und Kurse, Vorbereitung aufs Berufsleben, Attraktivität für Studierende aus anderen Kantonen und dem Ausland, Betreuungsverhältnis und öffentliche Forschungsgelder – werden die Studiengänge an den Schweizer Hochschulen punkto Qualität verglichen.

Weitere Informationen: www.swissup.com

Impressum

Netzwerk Future
Thunstrasse 7, 3005 Bern
Tel. 031 356 53 63, Fax 031 356 53 50
info@futureteam.info – www.futureteam.info

© Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt

(Fortsetzung «BFT-Botschaft 2004–2007»)

Es ist zu erwähnen, dass die Mittel innerhalb des BFT-Bereichs im Vergleich mit der Periode 2000 bis 2003 unterschiedlich verteilt werden sollen. Sie werden während der vier Jahre 2004 bis 2007 folgendermassen steigen:

- Kommission für Technologie und Innovation (KTI): + 51,6 Prozent (467 Mio. Franken)
- Schweizerischer Nationalfonds: + 46,4 Prozent (2147 Mio.),
- Fachhochschulen: + 33,3 Prozent (1139 Mio.),
- Kantonale Universitäten: + 26,6 Prozent (2670 Mio.),
- Berufsbildung: + 24,2 Prozent (2136 Mio.) und
- ETH-Bereich: + 12,4 Prozent (7830 Mio.).

Diese Beträge berücksichtigen ein durchschnittliches jährliches Wachstum von 6 Prozent, exklusive der Blockierung von 1 Prozent.

Die gesamte Botschaft kann auf der Website der GWF eingesehen werden: www.gwf-gsr.ch

■ Bildung und Forschung bis 2008

Die Kantone verlangen vom Bund einen Masterplan

Die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) hat am 11. November eine Erklärung verabschiedet, in der sie an den Bund und die Kantone appelliert, einen «Masterplan» festzulegen. Dieser soll festhalten, was sie in den gemeinsam verantworteten Bildungsbereichen bis 2008 erreichen wollen, welche Ziele sie als prioritär einstufen, wie die Umsetzung aussehen und die Finanzierung geregelt werden soll. Die Stellungnahme der EDK beinhaltet alle Bildungsebenen von der Primarschule über die Sekundar- bis zur Tertiärstufe.

Die EDK äussert Besorgnis und Skepsis hinsichtlich der Tertiärstufe: Mit der «Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Technologie in den Jahren 2004–2007» (BFT-Botschaft) stellt der Bund wichtige Weichen für die Zukunft. Nach bislang bekannter Planung des Bundes bestehe eine deutliche Diskrepanz zwischen postulierten Zielen und zur Verfügung stehenden Finanzmitteln, obwohl ein überdurchschnittliches Wachstum von sechs Prozent für den BFT-Gesamtkredit angekündigt wurde.

Folgende Visionen sollten bei der Erarbeitung des von der EDK erwünschten Masterplans begleitend sein:

- Für die EDK steht die Schaffung eines gesamtheitlichen Hochschulbereichs im Vordergrund. Dieser soll die kantonalen Universitäten, die Eidgenössischen Technischen Hochschulen, die Fachhochschulen aller Bereiche (inkl. Gesundheit, Soziales und Kunst) sowie die Pädagogischen Hochschulen gleichermaßen umfassen. Auf unnötige Rechtsetzungsvorhaben (Hochschulartikel, Teilrevision Fachhochschulgesetz) ist zu verzichten. Dafür ist bis 2008 ein neues, umfassendes Hochschulförderungsgesetz zu schaffen.
- Die zur Verfügung stehenden Mittel müssen in erster Linie als Grundbeiträge ausgerichtet werden, und nicht als zweckgebundene Beiträge. Erste Priorität hat die Sicherung einer soliden Grundausbildung.
- Dies gilt auch im Bereich der Forschung: Es ist unabdingbar, dass auch hier über Grundbeiträge die notwendigen Ressourcen (Personal, Infrastruktur) geschaffen werden. Diese bilden die Voraussetzung dafür, dass überhaupt Forschung stattfinden kann und zusätzliche Forschungsförderungsmittel abgeholt werden können.

Weitere Informationen: www.edk.ch/Aktuell_d_f_e/mainPresse_d.html

■ Fachhochschulen

Professionalisierung der Konferenz der Fachhochschulen der Schweiz

Für die Fachhochschulen (FH) ist es von zentraler Bedeutung, dass sie sich in ihrem Aufbauprozess mit ihrer eigenen Stimme zu Wort melden können. Darum haben sich die sieben FH zur «Konferenz der Fachhochschulen der Schweiz (KFH)» zusammengeschlossen. Ziel der Konferenz ist es, die FH selber zu koordinieren – anstelle der Koordination von aussen –, deren Interessen in der Hochschullandschaft zu vertreten und dabei mit allen Behörden und Institutionen der schweizerischen Hochschullandschaft eng zusammenzuarbeiten.

Um sich zu professionalisieren und ihrer Arbeit die notwendige Kontinuität zu verleihen, hat die KFH auf Anfang Mai 2002 eine Geschäftsstelle in Bern eröffnet.

Weitere Informationen: Fredy Sidler, Generalsekretär KFH, fredy.sidler@kfh.ch

■ Embryonale Stammzellen

Gesetzesentwurf beim Parlament

Der Bundesrat hat den Gesetzesentwurf über die Forschung an überzähligen Embryonen und embryonalen Stammzellen angenommen und dem Parlament zur Weiterbearbeitung unterbreitet. Dieses Gesetz würde zum ersten Mal einheitlich für die ganze Schweiz die Forschung in diesen Gebieten regeln.

Gemäss dem Bundesrat weckt die Stammzellenforschung berechtigte Hoffnungen. Sie hat zum Ziel, mittel- bis langfristige Therapien gegen bisher nicht oder nur schlecht behandelbare Krankheiten wie Parkinson oder Diabetes zu entwickeln. Grundsätzlich können embryonale Stammzellen aus menschlichen Embryonen gewonnen werden, die bei der In-Vitro-Befruchtung hergestellt wurden, die aber überzählig geworden sind, weil sie nicht zu einer Schwangerschaft benutzt wurden, oder aus solchen, die besonders zur Herstellung von Stammzellen erzeugt wurden.

Weitere Informationen: www.bag.admin.ch/embryonen/bundesgesetz/d/bot_efg.pdf

■ Universität Basel

Neue Forschungsdatenbank

Die Universität Basel hat eine neue Forschungsdatenbank erstellt. Ab Dezember 2002 können sich Interessierte via Intranet, ab Januar 2003 via Internet einen Überblick über die aktuelle Forschung an der Universität Basel verschaffen. Das Basler Projekt ist nicht das erste in der Schweiz (siehe unten), doch es sticht durch Benutzerfreundlichkeit und Ausführlichkeit hervor. Das Zielpublikum ist vielfältig: zukünftige Studierende, die sich über die Forschungsthemen der Wissenschaft in Basel informieren wollen und Forschende in Basel oder auswärts auf der Suche nach Partnern sowie Arbeitsstellen, die eine Expertise brauchen.

Forschungsdatenbanken im Hochschulbereich:

- Universität Basel: www.forschungsdb.unibas.ch
- Universität Zürich: www.research-projects.unizh.ch/ und www.unizh.ch/forschung/forschungsprojekte/index.html
- Universität Freiburg: <http://admpc02.unifr.ch/futura/>
- Universität Lausanne: www.unil.ch/central/rech/index.html

- Eidgenössische Technische Hochschule Zürich: www.ethz.ch/research/
- Ecole polytechnique fédérale de Lausanne: www.epfl.ch (unter «Stichwortsuche» oder «Wissenschaftsbericht»)
- Schweizerischer Nationalfonds: www.snf.ch (unter «Projektdatenbank»; «Forschungsprogramme»)
- Bundesamt für Bildung und Wissenschaft: www.bbw.admin.ch/html/pages/forschung/aramis-d.html

■ Politikstipendium des CASS

Drei neue Stipendiaten

Mit dem ersten CASS-Stipendiaten, Dr. Alexander Mathis, wurde am 1. Januar 2002 das dreijährige Pilotprojekt «CASS-Stipendien» gestartet. Eine erste Beurteilung durch Parlamentarier, Parlamentsdienste und den Stipendiaten zeigt, dass das Projekt von allen Beteiligten sehr positiv bewertet wird. Auf die zweite Ausschreibung im Sommer 2002 meldeten sich 47 Kandidatinnen und Kandidaten, deutlich mehr als in der ersten Runde. Die meisten Kandidaturen wiesen eine hohe Qualität auf, sodass die Kommission eine schwierige Wahl zu treffen hatte. Da in der ersten Runde nur ein Stipendium vergeben werden konnte, entschied sie sich, diesmal gleich drei Bewerbungen zu berücksichtigen. Es sind dies: Frau Stefania Izzo, Politologin; Dr. Gérard Achermann, Naturwissenschaftler; Dr. Lukas Weber, Ingenieur mit Zusatzstudium in Sozialphilosophie und Politik. Gérard Achermann und Lukas Weber werden ihre Arbeit am 1. Januar und Stefania Izzo am 1. Oktober 2003 aufnehmen.

Weitere Informationen: Margrit Leuthold, Generalsekretärin SAMW, leuthold@samw.ch

■ Standpunkt

Ende des Monopols der Universitäten

Von der Gründung der mittelalterlichen Universität Bologna über die Humboldtsche bis zum modernen Campus in Harvard hat die Universität viele Reformen erlebt. Dennoch ist sie nie wirklich tief erschüttert worden, sondern hat stets gemäss ihrer Kernaufgabe Wissen geschaffen, weitervermittelt und gehütet. Doch hat sie bis heute einen grossen Teil ihres Marktanteils zugunsten von Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen und Zivilgesellschaft verloren. Die Fachkompetenz ist aufgeteilt, Lehre und Forschung privatisiert. Niemand kann wirklich noch dafür garantieren, dass eine Sache wahr ist, wissenschaftlich bewiesen, richtig, weltweit gelehrt, zertifiziert und überall und von allen anerkannt. Das Schweizer Parlament wird eine globale Vision ins Auge fassen müssen, die auf die Schaffung eines Marktes ausgerichtet ist, eines echten Markts mit Angebot und Nachfrage. Heute gibt es nur das universitäre Angebot. Ein nationales «Kreditsystem» würde dies ermöglichen. Nötig wäre dazu aber eine Vision für die Eidgenössischen Technischen Hochschulen, die Universitäten und die Fachhochschulen sowie flexible, aber harmonisierte Entscheidungen für private Ausbildungsstätten.

Xavier Comtesse, Avenir Suisse
xavier.comtesse@avenir-suisse.ch

Editorial

Un chantier national pour sauvegarder l'autonomie des hautes écoles

Aujourd'hui, la politique nationale dans le domaine de la formation, de la recherche et de la technologie est confrontée à des défis de taille. La révision de la loi sur les EPF, qui vise avant tout à restructurer la direction des deux hautes écoles fédérales, est actuellement l'objet de discussions au Conseil national. De plus, la publication du message sur la formation, la recherche et la technologie 2004 – 2007 (message FRT) vient d'avoir lieu. Il n'est plus possible d'ignorer le besoin généralisé de moyens financiers supplémentaires, qui se manifeste de manière particulièrement criante au niveau des hautes écoles universitaires cantonales. Le rapport «Hautes Écoles Spécialisées 2002» dresse un bilan du processus de création des HES et analyse les besoins en vue du renouvellement de statut de ces filières de formation. Last but not least, la consultation du nouvel article constitutionnel sur les hautes écoles vient de prendre fin: la publication du message du Conseil fédéral ne saurait donc tarder. On peut dès lors, sans exagérer, parler d'un véritable chantier de l'enseignement supérieur. De mon point de vue, mettre en place une politique globale en rapport avec les différents thèmes et revendications de l'enseignement supérieur constitue une priorité et c'est pourquoi la problématique actuelle me semble de première importance. Le Conseil suisse de la science et de la technologie (CSST) qualifie les réformes structurelles de l'enseignement supérieur suisse d'inévitables, opinion à laquelle je souscris sans réserve. Le nouvel article constitutionnel sur les hautes écoles doit permettre de mettre en place une politique de l'enseignement supérieur cohérente. Cependant, des doutes importants et justifiés perdurent quant à savoir si la proposition de réforme du Conseil fédéral répond aux attentes ou non. Adopter un fédéralisme coopératif comme ligne directrice me semble très souhaitable. Néanmoins, si l'objectif stratégique, à savoir une meilleure gestion des ressources disponibles, doit devenir réalité, la mise en place de mécanismes de direction efficaces est indispensable. A mon avis, la proposition de réforme du Conseil fédéral ne répond pas à cette attente de manière satisfaisante. Conformément aux lignes directrices de la Nouvelle péréquation financière, l'enseignement supérieur peut et doit rester une mission commune des cantons et de la Confédération. Toutefois, la création de mécanismes de décision et de direction permettant de réaliser concrètement les objectifs fixés dans l'intérêt de l'enseignement supérieur demeure un impératif. Quoique fédéraliste convaincu, la question essentielle ici n'est pas pour moi la souveraineté cantonale, mais bien davantage l'autonomie des hautes écoles.

Ce qui est regrettable dans la manière dont se déroule le processus de décision concernant les hautes écoles est que les questions fondamentales n'aient pas été réglées dès le début. Comme il n'est pas possible de réorganiser complètement l'agenda, il ne nous reste donc qu'à espérer que l'on ne perde pas la vision d'ensemble et que l'élaboration de l'article constitutionnel des hautes écoles se fasse dans le bon sens.

*Dr Hermann Bürgi, conseiller aux Etats
membre Team Future*

■ Message FRT 2004–2007

La balle est dans le camp parlementaire

Le Conseil fédéral propose d'accroître de manière significative les moyens disponibles pour la formation, la recherche et la technologie (FRT). Dans un Message transmis au Parlement à la fin novembre, le Gouvernement prévoit un engagement financier de la Confédération de 17,3 milliards de francs pour la période 2004–2007.

Présenté conjointement par deux Départements, celui de l'Intérieur et de l'Economie, ce message offre une vision globale des engagements dans le domaine FRT. Après une période de stagnation, le Conseil fédéral entend mener une politique axée autour de quatre priorités:

- renouveler l'enseignement;
- renforcer la recherche;
- stimuler l'innovation;
- renforcer la coopération nationale et internationale.

Pour pouvoir la mener à bien, les deux co-patrons du domaine, Mme Ruth Dreifuss et M. Pascal Couchepin, proposent une augmentation des moyens de 6%. Mais les difficultés financières de la Confédération ont incité le Gouvernement à bloquer partiellement cet engagement de 1%, ce qui offre les perspectives suivantes: 2004: 4%; 2005: 5,5%; 2006: 5%; 2007: 5%. L'investissement serait dans ce cadre de 16,8 milliards de francs.

Rappelons que durant ces deux dernières années, de nombreuses instances se sont exprimées sur ce sujet: le Conseil suisse de la Science et de la technologie (CSST –organe consultatif du Conseil fédéral) demandait un accroissement de 10%, l'Union nationale des étudiants de Suisse, de 8%, et la Conférence des recteurs des universités (CRUS – 10 universités cantonales et les deux EPF), de 6,5%. Enfin, en juin 2002, une motion signée de 150 Conseillers nationaux demandait au Conseil fédéral un accroissement annuel de 6,5% des moyens.

Le Message est donc en dessous de tous ces souhaits. Et, face à cette priorité affichée par tous les partenaires, la balle est maintenant dans le camp des parlementaires.

A relever que la répartition dans le cadre du domaine FRT donne des chiffres différenciés.

(Suite en page 2)

deutscher Text ►►

SMS

Zurich – une filière commune en microbiologie

L'Université et l'Ecole polytechnique fédérale de Zurich inaugurent au semestre d'hiver 2003 leur première filière commune. Pour la création des études de microbiologie, les différents règlements d'études et modalités d'examen de chacune des hautes écoles ont été adaptés, de manière à ce qu'une filière commune puisse être proposée sans que l'une ou l'autre des deux écoles ne perde son identité. Les étudiants bénéficient d'un choix de matières unique et des ressources des deux établissements, si bien que la qualité de la formation s'en trouve d'autant améliorée.

Informations complémentaires: katharina.furrer@unicom.unizh.ch

Fribourg – future stratégie de l'Université

Le Gouvernement fribourgeois innove. Il vient d'accorder à l'Université une enveloppe budgétaire de trois ans. En conséquence, l'Université de Fribourg a dû adapter sa stratégie: l'avenir sera fait d'économies, de création de centres de compétences, d'adaptation de ses plans d'études au processus de Bologne et d'introduction de contrôles de qualité.

Informations complémentaires: roberto.induni@unifr.ch

Bien utiliser la télémédecine moderne

Quelles pourraient être les applications de la télémédecine moderne? Quels produits et prestations offre le système de santé suisse dans ce domaine? L'Académie suisse des sciences techniques (SATW), l'Académie suisse des sciences médicales (ASSM), en collaboration avec la Fédération des médecins suisses (FMH), la Société suisse d'informatique médicale (SSIM) et la Société suisse de télémédecine (SSTM) ont élaboré des suggestions pour une introduction adaptée et une utilisation appropriée de la télémédecine dans le domaine de la santé publique suisse. Leur rapport sur cette question pourra être commandé à partir de décembre 2002 auprès de la SATW et consulté sur www.satw.ch.

Informations complémentaires: haenni@satw.ch

SwissUp-Ranking

Pour la deuxième fois en Suisse, un ranking des hautes écoles a eu lieu. Le ranking publié par la société SwissUp, qui compare la qualité des différentes filières dans les hautes écoles suisses, se fonde sur les déclarations d'opinion de 3500 étudiants, les données de l'Office fédéral de la statistique (OFS) et sur les rapports publics du Fonds national suisse et de la Commission pour la technologie et l'innovation (CTI). Six indicateurs ont permis d'évaluer la qualité des filières d'études dans les universités suisses: satisfaction des étudiants, qualité des professeurs et des cours, préparation à la vie professionnelle, attractivité pour les étudiants originaires d'autres cantons et de l'étranger, qualité de l'environnement et présence de fonds publics de recherche.

Informations complémentaires: www.swissup.com

Impressum

Réseau Future
Thunstrasse 7, 3005 Berne
Tél. 031 356 53 63, Fax 031 356 53 50
info@futureteam.info – www.futureteam.info

© Reprise autorisée avec mention de la source

(Suite «Message FRT 2004–2007»)

Ainsi, par rapport à la période 2000–2003, les moyens augmenteraient de la façon suivante durant les quatre années 2004–2007:

- Commission pour la technologie et l'innovation (CTI): + 51,6% (467 mios);
- Fonds national de la recherche: + 46,4% (2147 mios);
- Hautes écoles spécialisées: + 33,3% (1139 mios);
- Universités cantonales: + 26,6% (2670 mios);
- Formation professionnelle: + 24,2% (2136 mios);
- Domaine des EPF: + 12,4% (7830 mios).

Ces montants tiennent compte d'un accroissement annuel moyen de 6%, non compris le blocage de 1%.

Le message complet peut être consulté à l'adresse suivante:
www.gwf-gsr.ch

■ Formation et recherche 2008

Les cantons demandent un plan directeur à la Confédération

Dans un communiqué du 11 novembre, la Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique (CDIP) exige que la Confédération et les cantons conçoivent un *masterplan* fixant les objectifs qu'ils veulent atteindre d'ici 2008 dans les domaines dont ils portent ensemble la responsabilité, et qu'ils s'entendent sur les buts prioritaires, sur leur mise en œuvre et sur leur financement. La prise de position de la CDIP touche l'ensemble des niveaux de formation (primaire, secondaire et tertiaire).

Pour ce qui concerne le niveau tertiaire, la CDIP fait état de son inquiétude et de son scepticisme, notamment du fait que «dans son Message relatif à l'encouragement de la formation, de la recherche et de la technologie pendant les années 2004–2007 (message FRT), la Confédération pose un certain nombre de jalons importants pour l'avenir. Ce que l'on connaît à ce jour (7 novembre 2002) des planifications de la Confédération indique qu'en dépit des 6% d'augmentation annoncés pour l'ensemble du crédit FRT (augmentation supérieure à la moyenne), il y a une véritable dichotomie entre les objectifs postulés et les moyens disponibles.» Quant au plan directeur souhaité par la CDIP, il devrait viser les objectifs politiques suivants:

- Aux yeux de la CDIP, la création d'un seul secteur regroupant l'ensemble des hautes écoles est primordiale. Ce secteur doit embrasser de manière égale les universités cantonales, les EPF, les hautes écoles spécialisées de tous les domaines (y compris Santé, Social et Arts) ainsi que les hautes écoles pédagogiques. Il faut renoncer aux projets législatifs inutiles (article constitutionnel sur les hautes écoles, révision partielle de la loi sur les hautes écoles spécialisées). En lieu et place, il convient de créer d'ici 2008 une nouvelle loi fédérale sur l'aide aux hautes écoles couvrant l'ensemble du secteur.
- Les ressources disponibles doivent être allouées sous forme de contributions de base et non en tant que contributions à affectation définie. Au premier rang des priorités figure l'assurance d'une formation de base solide.
- Ceci s'applique aussi au domaine de la recherche: il est absolument indispensable d'allouer ici également des contributions de base pour créer les ressources nécessaires (personnel, infrastructure). Elles sont la condition préalable à toute possibilité de recherche et à la faculté de se procurer des moyens supplémentaires destinés à l'encouragement de la recherche.

Informations complémentaires:
www.edk.ch/Aktuell_d_f_e/mainPresse_f.html

■ Hautes écoles spécialisées

Professionnalisation de la Conférence suisse des Hautes écoles spécialisées

Pour la mise en place des hautes écoles spécialisées (HES) dans un paysage de hautes écoles en pleine évolution, il est d'importance centrale que les HES puissent prendre la parole. C'est pour cette raison que les sept HES se sont réunies à la «Conférence suisse des Hautes écoles spécialisées (CSHES)». Le but de cette conférence est une coordination autonome des HES – au lieu d'une coordination externe –, le soutien de leurs intérêts et la coopération avec toutes les autorités et institutions dans le domaine des hautes écoles en Suisse.

Afin de se professionnaliser et de donner à son travail la continuité nécessaire, la CSHES a ouvert un bureau à Berne, début mai 2002.

Informations complémentaires: Fredy Sidler, secrétaire général CSHES, fredy.sidler@kfh.ch

■ Cellules souches embryonnaires

Le projet de loi est entre les mains du Parlement

Le Conseil fédéral a adopté et transmis au Parlement le projet de loi fédérale concernant la recherche sur les embryons surnuméraires et les cellules souches embryonnaires. Cette loi réglementerait pour la première fois de façon unifiée la recherche conduite dans ce domaine dans l'ensemble de la Suisse.

Selon le Conseil fédéral, la recherche impliquant des cellules souches humaines suscite de légitimes espoirs. On espère qu'il sera possible de développer, à terme, de nouvelles thérapies pour des maladies jusque-là difficiles, voire impossibles à traiter, telles que la maladie de Parkinson ou le diabète. En règle générale, les cellules souches embryonnaires peuvent être issues d'embryons humains développés dans le contexte d'une fécondation in vitro, mais qui deviennent surnuméraires car ils ne peuvent pas être utilisés pour induire une grossesse, ou produits spécialement pour obtenir des cellules souches.

Informations complémentaires:
www.bag.admin.ch/embryonen/bundesgesetz/fi/bot_efg.pdf

■ Université de Bâle

Une nouvelle banque de données de recherche

L'Université de Bâle a créé une nouvelle banque de données de recherche. Dès décembre 2002, les personnes intéressées auront accès à une vue d'ensemble des travaux de recherche actuels de l'Université de Bâle via Intranet. Le projet bâlois n'est certes pas le premier de ce type en Suisse, mais il est remarquable par sa convivialité et son exhaustivité. Le public cible de cette banque de données de recherche est hétéroclite: futurs étudiants souhaitant s'informer sur les domaines de recherche des scientifiques de l'Université de Bâle, chercheurs de Bâle ou d'ailleurs en quête de partenaires et services publics nécessitant une expertise.

Banques de données de recherche des hautes écoles suisses:

- Université de Bâle: www.forschungsdb.unibas.ch
- Université de Zurich: www.research-projects.unizh.ch/ et www.unizh.ch/forschung/forschungsprojekte/index.html

- Université de Fribourg: <http://admpc02.unifr.ch/futura/>;
- Université de Lausanne: www.unil.ch/central/rech/index.html
- Ecole polytechnique fédérale de Zurich: www.ethz.ch/research/
- Ecole polytechnique fédérale de Lausanne: www.epfl.ch (recherche par «mots clés» ou «rapports scientifiques»)
- Fonds national suisse: www.snf.ch (sous «Projets soutenus»; «Programmes de recherche»)
- Office fédéral de l'éducation et de la science: www.bbw.admin.ch/html/pages/forschung/aramis-f.html

■ Bourses politiques du CASS

Trois nouveaux boursiers

Le projet pilote «Bourses CASS» (Bourses pour des scientifiques auprès du Parlement) instauré pour une durée de trois ans a démarré le 1^{er} janvier 2002 avec le premier boursier, le Dr Alexander Mathis. Selon une première évaluation par les parlementaires, les services du Parlement et le boursier, le projet a rencontré un écho très favorable. Suite à la deuxième annonce de l'été dernier, 47 candidat(e)s se sont présentés, beaucoup plus nombreux qu'après la première parution. La plupart des candidats étaient hautement qualifiés, ce qui a rendu le choix très difficile. Lors de la première sélection, une seule bourse ayant été attribuée, la commission a décidé de retenir cette fois-ci les trois candidatures suivantes: Madame Stefania Izzo, politologue; Dr Gérard Achermann, sciences naturelles; Dr Lukas Weber, à la fois ingénieur et diplômé en philosophie sociale et en politique. Gérard Achermann et Lukas Weber débiteront leur activité le 1^{er} janvier et Stefania Izzo le 1^{er} octobre 2003.

Informations complémentaires:
Margrit Leuthold, secrétaire générale SAMW, leuthold@samw.ch

■ Point de vue

La fin du monopole des universités

Depuis l'Université de Bologne à celle de Harvard en passant par celle de Humboldt, l'Université a connu bien des réformes. Cependant, l'institution n'a jamais été vraiment ébranlée profondément, elle est restée productrice, distributrice et garante du savoir: c'est son «core business». Néanmoins, on s'aperçoit qu'aujourd'hui elle a perdu une grande partie de ses parts de marché au profit des entreprises, des organisations non gouvernementales et de la société civile. L'expertise s'est répartie. L'enseignement et la recherche se sont privatisés. Plus personne n'est vraiment garant de la chose vraie, scientifiquement prouvée; de la chose juste, universellement enseignée; de la chose certifiée, reconnue partout et par tous. Le parlement suisse doit désormais réfléchir à une vision globale axée sur la création d'un vrai marché. Par là, il faut entendre un vrai marché, avec une offre et une demande... Aujourd'hui il n'y a que l'offre universitaire. Un système national de «crédits» rendrait la chose possible. Mais cela impliquerait une vision pour les écoles polytechniques fédérales, les universités, les hautes écoles spécialisées et des décisions souples mais harmonisées pour les institutions de formation privées.

Xavier Comtesse, *Avenir Suisse*
xavier.comtesse@avenir-suisse.ch